**Muster für ein Verständigungsschreiben bei der Erlassung einer Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung im Auflageverfahren**

**(ohne UEP/SUP)**

Betreff: Erlassung einer Verordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde XX über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Grundstück GST‑NR XX, KG XX[[1]](#footnote-1)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeindevertretung der Gemeinde XX hat in ihrer Sitzung vom XX den Entwurf einer Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Grundstück GST‑NR XX, KG XX[[2]](#footnote-2), gemäß § 31 Abs. 1 Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996 idgF, beschlossen.

Der Verordnungsentwurf samt Erläuterungsbericht wird vier Wochen auf dem Veröffentlichungsportal (www.XX) von XX bis XXveröffentlicht (§ 32e des Gemeindegesetzes).

Während der Zeit der Veröffentlichung kann jede Gemeindebürgerin/jeder Gemeindebürger oder Eigentümerin/Eigentümer von Grundstücken, auf die sich der Verordnungsentwurf bezieht, zum Verordnungsentwurf schriftlich Änderungsvorschläge erstatten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Gemeindevertretung

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister:

XX

Ergeht an:

Amt der Vorarlberg Landesregierung, Abteilung Raumplanung und Baurecht, E-Mail: raumplanung@vorarlberg.at

1. Hinweis für die Gemeinden: hier konkreten Titel der Verordnung angeben; so kann sich eine Verordnung beispielsweise auch auf ein bestimmtes Gebiet oder auch nur auf eine Teilfläche eines Grundstückes beziehen. [↑](#footnote-ref-1)
2. Hinweis für die Gemeinden: hier konkreten Titel der Verordnung angeben; so kann sich eine Verordnung beispielsweise auch auf ein bestimmtes Gebiet oder auch nur auf eine Teilfläche eines Grundstückes beziehen. [↑](#footnote-ref-2)